



Geschäfte des EFD 2016

1. Quartal

Bundesfinanzen

- **Legislaturfinanzplan:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019 verabschiedet. In der Legislatur 2015–2019 sind drei politische Themen zentral: Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit. Sie dienen als Orientierungsrahmen für die Bundespolitik in den kommenden Jahren. Daneben zeigt die Legislaturplanung auch die finanzielle Seite in Form des Legislaturfinanzplans 2017–2019 und präsentiert die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019». (27.01.)
- **Rechnung 2015:** Der Bundesrat hat das Rechnungsergebnis 2015 zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2015 mit einem ordentlichen Überschuss von 2,3 Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Überschuss von 0,4 Milliarden Franken. Die Verbesserung ist auf die tieferen Ausgaben zurückzuführen. Im Vergleich zum Legislaturfinanzplan 2017–2019 haben sich die Haushaltsperspektiven leicht verbessert. In den Jahren 2018 und 2019 bestehen aber nach wie vor grosse Fehlbeträge. (17.02.)
- **Öffentliche Finanzen der Schweiz:** Die öffentlichen Haushalte schreiben 2014 zum zweiten Mal in Folge rote Zahlen. Wie in den letzten Jahren können einzig die Sozialversicherungen mit einem hohen Überschuss aufwarten. 2015 wird sich die Lage voraussichtlich etwas entspannen, vor allem aufgrund des überraschend guten Ergebnisses beim Bund. 2016 dürfte die Konjunkturschwäche im Zuge der Frankenaufwertung in erster Linie die Sozialversicherungen belasten, während sich die Situation bei den Kantonen etwas aufhellen könnte. Vor dem Hintergrund dieser insgesamt angespannten Lage kann bei den öffentlichen Finanzen in den nächsten Jahren nicht mit einer Entschuldung gerechnet werden. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (29.02.)
- **Nachtrag I:** Der Bundesrat hat den Nachtrag I zum Voranschlag 2016 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament 22 Nachtragskredite von insgesamt 397 Millionen Franken. Die Nachtragskredite führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,6 Prozent. (23.03.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **„Vollgeld-Initiative“:** Der Bundesrat hat sich gegen die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» ausgesprochen. Ausschlaggebend für die Ablehnung sind die unabsehbaren Gefahren für den Finanzsektor und damit für die gesamte Volkswirtschaft, mit welchen die von der Initiative geforderte grundlegende

Umgestaltung des Geld- und Währungssystems verbunden wäre. Der Bundesrat verzichtet auf einen Gegenentwurf. (24.02.)

- **Besteuerung von Baulandreserven der Landwirtschaft:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke verabschiedet. Er setzt damit eine vom Parlament überwiesene Motion um. Alle Grundstücke des Anlagevermögens eines Land- oder Forstwirtschaftsbetriebs sollen von einer privilegierten Besteuerung profitieren, wie sie bis 2011 galt. (11.03.)

Internationales

- **AIA mit Jersey, Guernsey, Insel Man, Island und Norwegen:** Die Schweiz hat mit den Kronbesitzungen der britischen Krone Jersey, Guernsey und der Insel Man sowie mit Island und Norwegen gemeinsame Erklärungen zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs (AIA) in Steuersachen unterzeichnet. Die Schweiz und diese Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen Standard für den AIA ab 2017 zu erheben und ab 2018 auszutauschen, nachdem in den verschiedenen Ländern die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden. (20.01.)
- **BEPS-Projekt zur Unternehmensbesteuerung:** Der Bundesrat hat der Unterzeichnung der multilateralen Vereinbarung über den Austausch der länderbezogenen Berichterstattung („country-by-country report“) zugestimmt. Die Vereinbarung wurde im Rahmen des BEPS-Projekts der OECD zur Unternehmensbesteuerung entwickelt. Sie beschreibt die Art der Informationen, die Staaten über die Tätigkeiten multinationaler Unternehmen auf ihrem Gebiet untereinander austauschen. Die Schweiz wird zu einem späteren Zeitpunkt bestimmen, mit welchen Partnerländern sie diesen Austausch vornehmen will. (20.01.)
- **Staatssekretär de Watteville bleibt EU-Chefunterhändler:** Der Staatssekretär des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) Jacques de Watteville (64) verlässt das SIF per Ende Juni 2016 aus Altersgründen. Seine Funktion als Chefunterhändler für die Gesamtheit der Verhandlungen mit der Europäischen Union wird er über die Pensionierung hinaus im Rang eines Staatssekretärs ausüben. (20.01.)
- **OECD-Fiskalkomitee:** Das Fiskalkomitee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Christoph Schelling, Botschafter und Leiter der Abteilung Steuern im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), per 1. Januar 2016 als Mitglied in sein Büro gewählt. Die Mandatsdauer beträgt drei Jahre. (22.01.)
- **WEF:** Treffen mit dem italienischen Finanzminister Pier Carlo Padoan und IWF-Chefin Christine Lagarde bildeten den Abschluss der Gespräche von Bundesrat Ueli Maurer am Jahresmeeting 2016 des World Economic Forum (WEF). Vor den Medien zog der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD) heute eine positive Bilanz sehr vieler internationaler Gespräche in Davos. (22.01.)
- **Exporte:** Nach mehreren Jahren mit einem moderaten Wachstum sanken im Jahr 2015 die Exporte (- 2,6 %) und Importe (- 6,9 %) nominal. Mit 202,9 Mrd. Fr. resultierte exportseitig dennoch der dritthöchste Umsatz aller Zeiten. Im Umfeld des starken Frankens bildeten sich die Preise sichtbar zurück, vor allem jene der Importe. Real ergab sich folglich ein leichter Rückgang von 0,7 export- bzw. von 0,5 % importseitig. Die Handelsbilanz registrierte mit 36,6 Mrd. Fr. erneut einen Rekordüberschuss. (25.01.)
- **Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen:** Die Schweiz soll weiterhin über beste Rahmenbedingungen für einen sicheren und wettbewerbsfähigen Finanzplatz verfügen, und der Finanzplatz soll auch künftig massgeblich zum Wohlstand in der Schweiz beitragen. Der vom

Bundesrat genehmigte Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen informiert über die Aktivitäten in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Engagement in internationalen Finanzgremien und internationale Steuerpolitik im Jahr 2015 und liefert einen Ausblick über anstehende Herausforderungen. (29.01.)

- **AIA mit Japan:** Die Schweiz hat mit dem wichtigen Wirtschaftspartner Japan eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs (AIA) in Steuersachen unterzeichnet. Die Schweiz und Japan beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen Standard für den AIA ab 2017 zu erheben und ab 2018 auszutauschen, nachdem in beiden Ländern die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden. (29.01.)
- **AIA mit Kanada:** Die Schweiz hat mit Kanada eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs (AIA) in Steuersachen unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen Standard für den AIA ab 2017 zu erheben und ab 2018 auszutauschen, nachdem in beiden Ländern die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden. (05.02.)
- **AIA mit Südkorea:** Die Schweiz hat mit Südkorea eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs (AIA) in Steuersachen unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen Standard für den AIA ab 2017 zu erheben und ab 2018 auszutauschen, nachdem in beiden Ländern die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden. (19.02.)
- **Zoll und Grenzwachtkorps:** Migration, grenzüberschreitende Kriminalität und Schmuggel haben die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) auch 2015 stark gefordert. Mit 21,7 Mia. Franken haben die Einnahmen weiter abgenommen (2014: 23,6 Mia.). Mit 31'038 rechtswidrigen Aufenthalten hat das Grenzwachtkorps (GWK) einen Rekordwert verzeichnet. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. In diesem Zusammenhang ebenfalls zugenommen haben die Fälle von Schlepperkriminalität. Die Zollfahndung hatte über 14'000 neue Fälle von gewerbsmässig organisiertem Schmuggel zu bearbeiten. (23.02.)
- **Nachhaltigkeit:** Das Thema der Nachhaltigkeit gewinnt derzeit im Zusammenhang mit der Finanzmarktpolitik sowohl global als auch national an Bedeutung. In den internationalen Finanzgremien wie beispielsweise der G20 werden aktuell die Auswirkungen des Klimawandels und weiterer Umweltaspekte auf die Stabilität des Finanzsystems diskutiert. Der Bundesrat hat die Rolle der Schweiz in diesen Arbeiten festgelegt und damit Grundlagen für eine konsistente Politik der Schweiz geschaffen. (24.02.)
- **G20-Finanzministertreffen in Shanghai:** Am 26. und 27. Februar 2016 nahm Bundesrat Ueli Maurer am ersten Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter chinesischer G20-Präsidentschaft in Shanghai teil. Er wurde von Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB), begleitet. Besprochen wurden am Treffen insbesondere die schleppende Konjunkturerholung, die Verunsicherung an den Finanzmärkten und die Notwendigkeit struktureller Reformen, die unerlässlich sind, um mehr Wachstum zu schaffen. Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements führte am Rand des Treffens zudem mehrere bilaterale Gespräche. (27.02.)
- **FATCA-Ausnahmenbestimmung:** Die zuständigen Behörden der Schweiz und der USA haben am 19. Februar 2016 in Bern und am 29. Februar 2016 in Washington eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der eine Ausnahmebestimmung für Konten von Anwälten oder Notaren in das FATCA-Abkommen aufgenommen wurde. Die ausgehandelte Ausnahmebestimmung hat den Vorteil, dass Kunden von Anwälten oder Notaren nicht mehr

identifiziert werden müssen und somit das Berufsgeheimnis der Anwälte respektive der Notare gewahrt werden kann. (01.03.)

- **LSVA-Anteil für Liechtenstein:** Der Bundesrat hat eine Änderung der LSVA-Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein für die Zeit von 2016 bis 2020 genehmigt. Damit wird der Anteil des Fürstentums aus den Einnahmen der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) angepasst. (04.03.)
- **Besuch des luxemburgischen Finanzministers Pierre Gramegna:** Finanzminister Ueli Maurer hat in Bern seinen luxemburgischen Amtskollegen Pierre Gramegna empfangen. Inhalt der Gespräche waren ein Austausch zu der makroökonomischen Lage in Europa und den wichtigsten internationalen Finanz- und Steuerfragen. (15.03.)
- **Zoll-Transitverfahren:** Der Bundesrat hat den Beschlussentwurf des Gemischten Ausschusses EU-EFTA zur Änderung des «Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (gVV)» gutgeheissen. Er tritt am 1. Mai 2016 in Kraft. (23.03.)
- **Steuerinformationsabkommen mit Brasilien:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Steuerinformationsabkommen mit Brasilien verabschiedet und den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt. Die Schweiz und Brasilien hatten am 23. November 2015 in Brasilia ein Steuerinformationsabkommen (SIA) unterzeichnet. Das Abkommen mit Brasilien ist das zehnte von der Schweiz unterzeichnete SIA. (23.03.)
- **DBA mit Frankreich:** Die Vereinbarung zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) auf dem Gebiet der Einkommens- und Vermögenssteuern zwischen der Schweiz und Frankreich ist am 30. März 2016 in Kraft getreten. Das Doppelbesteuerungsabkommen steht somit mit dem aktuellen internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage vollständig in Einklang. (30.03.)

Wichtige Verordnungen

- **Schwerverkehrsabgabeverordnung:** Der Bundesrat hat diverse Änderungen der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) beschlossen. Diese treten am 1. März 2016 in Kraft. (27.01.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Regulierung von Benchmarks im Finanzbereich:** Der Bundesrat hat entschieden, auf eine Regulierung im Bereich «Benchmarks» zu verzichten. Unter «Benchmarks» versteht man Kennziffern wie Zinssätze oder Indizes, die im Finanzbereich als Referenzwert für Finanzprodukte (z. B. Hypothekarverträge) verwendet werden. Auch in der Schweiz existieren Anbieter von Benchmarks, deren Benchmarks auch international verwendet werden. (04.03.)
- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte auf ihren beiden Anlagestrategien im vergangenen Geschäftsjahr unterschiedliche Renditen. Die Nettorendite des Anlagevermögens (CHF 32,1 Mia.) der 14 offenen Vorsorgewerke, die der Sammeleinrichtung angeschlossen sind, betrug 2015 durchschnittlich -2,5 Prozent, während die 7 geschlossenen Vorsorgewerke, die allein aus Rentenbeziehenden bestehen, eine Rendite von +2,1 Prozent auf ihrem Anlagevermögen (CHF 4,0 Mia.) auswiesen. Der durchschnittliche Deckungsgrad der offenen Vorsorgewerke liegt Ende 2015 schätzungsweise bei 99 Prozent, jener der geschlossenen Vorsorgewerke bei schätzungsweise 105 Prozent. (12.01.)
- **Verrechnungssteuer:** In der Schweiz ansässige juristische Personen können die Rückerstattung der Verrechnungssteuer mit Formular 25 ab sofort

- elektronisch beantragen. Das minimiert den Aufwand und bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung E-Government. (22.01.)
- **Personalbefragung:** Die Bundesverwaltung zeichnet sich durch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hoher Leistungsbereitschaft aus. Dies zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2015, von welcher der Bundesrat Kenntnis genommen hat. (27.01.)
 - **Sondermünzen:** Am 28. Januar 2016 lanciert die Eidgenössische Münzstätte Swissmint drei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Die erste von zwei Silbermünzen mit dem Titel «Gottardo 2016» ist der Einweihung des neuen Gotthard-Basistunnels gewidmet, die zweite dem Jubiläum «150 Jahre Schweizerisches Rotes Kreuz». Mit der Bimetallmünze «Alpen-Edelweiss» schliesslich startet die Swissmint die neue Serie «FLORA ALPINA». (28.01.)
 - **E-Government-Schwerpunktplan verabschiedet:** Der Steueraussschuss E-Government Schweiz hat den ersten Schwerpunktplan 2016–2019 genehmigt. Dieser führt alle Massnahmen auf, die Bund, Kantone und Gemeinden in der ersten Legislatur nach Verabschiedung der neuen Strategie umzusetzen planen. Der Fokus liegt auf dem Aufbau von Basisinfrastrukturen für die verstärkte Ausbreitung von E-Government in der Schweiz. (28.01.)
 - **Unterstützungsleistungen bei IKT-Schlüsselprojekten:** Das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) startet eine vom Bundesrat beauftragte WTO-Ausschreibung für Dienstleistungen zugunsten der Führung von grossen und komplexen IKT-Projekten der Bundesverwaltung. Dadurch sollen interne Ressourcen ergänzt und Engpässe in den Departementen und Bundesämtern vermieden werden. (04.02.)
 - **Spirituosenproduktion:** 2015 sanken die Spirituosenimporte auf 82'969 Hektoliter reinen Alkohols (-2 %). Der Whisky behält seinen Spitzenplatz, fällt jedoch auf das tiefste Niveau seit 2005. Nachdem die einheimische Spirituosenproduktion ihren Tiefpunkt erreicht hatte, fasste sie dank den guten Ernteerträgen im Jahr 2014 wieder Fuss. Im Brennjahr 2014-2015 wurden 16'360 Hektoliter reinen Alkohols gebrannt (+42 %). Ungeachtet des Konjunkturabschwungs wachsen die Ethanolverkäufe von Alcosuisse weiter; sie erreichten 38,8 Millionen Kilogramm (+2 %). (23.02.)
 - **Kassenkommission PUBLICA:** Der Bundesrat hat Kaspar Müller, Leiter Finanzen und Controlling im Generalsekretariat UVEK, als neuen Arbeitgebervertreter in die Kassenkommission PUBLICA gewählt. Die Ersatzwahl wurde nötig wegen des vorzeitigen Rücktritts einer bisherigen Arbeitgebervertretung. (24.02.)
 - **Mehrsprachigkeitspolitik:** Aus Anlass des Besuchs von Graham Fraser, Kanadischer Kommissar für Amtssprachen, in Bern organisierten die Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit, Nicoletta Mariolini, und die Parlamentsdienste die Gesprächsrunde zur Frage „Mehrsprachigkeitspolitik – Eine öffentliche Politik wie jede andere?“. „Für die Schweiz, die wenige Rohstoffe hat, wirkt die Mehrsprachigkeit wie ein nationaler Zement“, führte Bundesrat Ueli Maurer aus. (02.03.)
 - **Bauten des Bundes:** Die Immobilien im Eigentum des Bundes – ob Bürogebäude, Zolanlagen oder die Botschaften im Ausland – bilden die Architektur der offiziellen Schweiz. Die Wanderausstellung „Bundesbauten“ gewährt auf ihrer Tour durch das ganze Land Einblicke in die vielfältige Bautätigkeit des Bundes von 1848 bis heute. (08.03.)
 - **Oberzolldirektion:** Gegen zwei Mitarbeitende der Oberzolldirektion ist Strafanzeige erstattet worden. Es besteht der Verdacht auf ungetreue Amtsführung. (10.03.)
 - **Mittelstand:** Gesamtschweizerisch betrachtet konnte der Mittelstand in den letzten Jahren seine Kaufkraft steigern. Der Bundesrat kommt in einem

Bericht darum zum Schluss, dass eine Strategie speziell für den Mittelstand nicht angezeigt ist. Mit dem Bericht erfüllt der Bundesrat das Postulat von Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (11.3810). Das Postulat verlangt vom Bundesrat einen Bericht über eine kohärente und mit den Kantonen koordinierte Mittelstandsstrategie. (11.03.)

- **Verwaltungszentrum Ittigen:** Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat Ende Februar 2016 ein Baugesuch für die Erweiterung des Verwaltungszentrums Ittigen auf dem Areal der ehemaligen Gurit-Worbla AG eingereicht. Der Baubeginn ist frühestens ab 2017 geplant. (14.03.)
- **Initiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“:** Bundesrat Ueli Maurer orientierte über die Gründe der Ablehnung der Initiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“. Der Bundesrat anerkennt, dass durch die Zunahme des Verkehrs auf der Strasse Engpässe entstanden sind, bietet dafür aber auch Lösungen an. Mit der Gesamtopitik auf den Bundeshaushalt hat er deshalb mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF eine pragmatische und massgeschneiderte Lösung vorbereitet. Die Initiative gefährdet hingegen ein bisher bewährtes Finanzierungssystem und würde ein einschneidendes Sparprogramm nach sich ziehen. (22.03.)
- **Personalpolitik:** Den Personalbereich der Bundesverwaltung steuert der Bundesrat mit Sollwerten und Indikatoren, die er alle vier Jahre neu festlegt. In der letzten Steuerungsperiode von 2012 bis Ende 2015 sind von 19 Sollwerten und Indikatoren deren 14 ganz erreicht oder übertroffen worden. Ein Sollwert wurde teilweise erreicht; vier Zielwerte wurden nicht erreicht. Dies ergibt sich aus dem Reporting Personalmanagement 2015, das der Bundesrat gutgeheissen hat. (23.03.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Frühlingssession verabschiedete Vorlagen

- **Zoll:** Die Schweiz soll auch in Zukunft mindestens gleich viele Grenzwächter haben wie 2003. Bei der Änderung des Zollgesetzes hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat die Streichung des Mindestbestandes aus dem Gesetz abgelehnt. Dieser war im Zusammenhang mit der Schengen-Assoziierung festgelegt worden. Die kleine Kammer hat auch die übrigen Differenzen zur Gesetzesrevision bereinigt. Mit dieser werden verschiedene Lücken im Zollgesetz geschlossen. Auf ein strengeres Regime für Zollfreilager hatte der Bundesrat nach Kritik in der Vernehmlassung allerdings verzichtet. Diese können zur Einlagerung illegaler Güter sowie für Geldwäscherei und Steuerhinterziehung genutzt zu werden. (01.03.)
- **E-Government:** Der Bundesrat muss die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat mit dieser Forderung oppositionslos gutgeheissen. Die Online-Abwicklung von Behördengängen sollte für mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie, sagte Kommissionssprecher Peter Föhn (SVP/SZ). Finanzminister Ueli Maurer erinnerte daran, dass es bereits eine Arbeitsgruppe E-Government gebe. Dieses Projekt sei gut in Schwung gekommen. Allerdings brauche jeder Schritt Zeit, nicht zuletzt wegen der Sicherheit. Als Beispiele für Anwendungen, an welchen gearbeitet wird, nannte Maurer das E-Voting oder die elektronische Mehrwertsteuerabrechnung. (01.03.)
- **Mehrwertsteuer:** Bei der Mehrwertsteuer sollen Schweizer Unternehmen nicht mehr gegenüber ausländischen benachteiligt werden. Der Ständerat hat als Zweitrat grünes Licht für diese Änderung des Mehrwertsteuergesetzes gegeben. Massgeblich für die Steuerpflicht soll künftig der gesamte Umsatz sein, nicht nur der in der Schweiz erwirtschaftete. Damit wird grundsätzlich jedes Unternehmen mehrwertsteuerpflichtig, das in der Schweiz Leistungen erbringt, sofern es nicht nachweist, dass es weltweit weniger als 100'000 Franken Umsatz erzielt. Die

- Neuregelung betrifft auch Online-Händler. Schweizer Unternehmen profitierten indirekt, indem ein Wettbewerbsvorteil der ausländischen Konkurrenz wegfällt. Weil der Ständerat an der Vorlage mehrere Änderungen anbrachte, geht diese zurück an den Nationalrat. (03.03.)
- **Zoll I:** Die Ständesvertreter aus der Ostschweiz haben an den Plänen des Bundes, im Rahmen der Sparmassnahmen landesweit zwölf Zollstellen zu schliessen, harsche Kritik geübt. Der Abbau ginge unverhältnismässig zulasten der Ostschweiz und schade der regionalen Volkswirtschaft, kritisierten Ständeräte aus Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen. Die Schliessung der zwölf Zollstellen sei wirtschaftsfeindlich, da sie längere Fahrtwege und längere Wartezeiten an den verbleibenden Zollstellen verursache. Bundesrat Ueli Maurer sagte, er nehme das Anliegen ernst. Beim Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017-2019 handle es sich aber um einen Auftrag, den der Bundesrat im Auftrag des Parlaments auszuführen habe. "Bekanntlich kann man den Bär nicht waschen, ohne dass das Fell nass wird", sagte Maurer. (03.03.)
 - **Zoll II:** Kosten, die entstehen, wenn der Zoll Postsendungen zur Kontrolle öffnet, sollen künftig vom Bund übernommen werden. Die Kunden sollen für ihre diesbezüglichen Auslagen einen Pauschalbetrag vom Bund zurückfordern können. Der Ständerat sprach sich mit 20 zu 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen für eine Motion von Erich Ettl (CVP/OW) aus. Diese beauftragt den Bundesrat, das Zollgesetz entsprechend zu ändern. Die Post, welche im Auftrag des Schweizer Zolls Pakete aus dem Ausland stichprobenartig überprüft, darf nach geltendem Recht die dadurch entstandenen Kosten per Gesetz nicht dem Zoll verrechnen. Stattdessen überwälzt sie diese Revisionsgebühr in der Höhe von 13 Franken heute auf den Endverbraucher. (03.03.)
 - **Pendler-Pauschale:** Angestellte, die den Arbeitsweg mit einem Geschäftsfahrzeug zurücklegen, dürfen wie alle anderen Unselbstständigen auf der Steuererklärung nicht mehr als 3000 Franken vom Einkommen für Fahrkosten abziehen. Dies ist eine Folge der Vorlage zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (FABI), die am 1. Januar in Kraft getreten ist. Eine Motion von Erich Ettl (CVP/OW), die das ändern will, muss von der zuständigen Kommission des Ständerats zuerst vertieft geprüft werden, bevor die kleine Kammer darüber abstimmt. Das Anliegen sei komplex und noch nicht ausgereift, befand eine Mehrheit und gab einem entsprechenden Ordnungsantrag statt. (03.03.)
 - **Steuern:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat grundsätzlich für eine Gesetzesänderung bei der Quellenbesteuerung ausgesprochen. Mit der Vorlage sollen Ungleichbehandlungen beseitigt und ein Konflikt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen ausgeräumt werden. Im Nationalrat wurde dieses Anliegen von links bis rechts begrüsst. Die grosse Kammer brachte jedoch verschiedene Änderungen an der Vorlage an, die nun an den Ständerat geht. Der Quellenbesteuerung unterliegen alle ausländischen Arbeitnehmenden, die keine Niederlassungsbewilligung haben. Das sind heute rund 760'000 Personen. (08.03.)
 - **Steuerabkommen:** Der Nationalrat hat Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Liechtenstein und Oman genehmigt sowie Steuerinformationsabkommen mit den zentralamerikanischen Kleinstaaten Belize und Grenada. Zudem hiess er Änderungen an den bestehenden DBAs mit Norwegen und Albanien gut. "Doppelbesteuerungsabkommen sind ein wichtiges Mittel der Steuerpolitik", sagte Kommissionssprecherin Petra Gössi (FDP/SZ). Sie dienten dazu, Steuerkonflikte zu vermeiden. Die Kommission beantragte die Genehmigung aller Abkommen. Die grosse Kammer folgte dieser Empfehlung und nahm alle Anträge an, nur die SVP stimmte jeweils mehrheitlich dagegen. (08.03.)
 - **Informatik:** Die Computer-Arbeitsplätze in der Bundesverwaltung werden bis 2020 auf die nächste Windows-Generation aufgerüstet. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einen Verpflichtungskredit über 70 Millionen Franken angenommen. Damit ist die Vorlage unter Dach und Fach. Grund für die Aufrüstung ist das

- Lebensende von Windows 7 von Microsoft per Ende 2019. Damit endet auch der Produktsupport des Lieferanten. Deshalb werden die Arbeitsplatzsysteme der Bundesverwaltung auf Windows 10 migriert. (08.03.)
- **Schwerverkehr:** Terminals für den kombinierten Verkehr, die im grenznahen Ausland liegen, sollen auch künftig von einer Rückerstattung der LSVA profitieren. Der Nationalrat stimmte mit 118 zu 68 Stimmen gegen eine Motion von Ständerat Claude Janiak (SP/BL), welche dies ändern wollte. Fuhrhalter bekommen die LSVA zurück, wenn sie einen Container von einem Umschlagterminal in der Schweiz zum Kunden bringen. Damit soll ein Anreiz geschaffen werden, dass Güter so weit wie möglich auf der Schiene transportiert werden. Davon profitieren auch einige deutsche Terminals, die nahe der Grenze liegen. Damit würden ausländische Fuhrhalter mit deutlich günstigeren Kostenstrukturen begünstigt, kritisierte Janiak. Er schlug vor, Umschlagterminals im grenznahen Ausland von der Rückerstattung der LSVA auszuschliessen. (08.03.)
 - **Finanzausgleich:** Der Nationalrat hat zwei Postulate gutgeheissen, welche die Vorgaben des Finanzausgleichs (NFA) ins Visier nehmen. Heute ist das Ziel des NFA, jedem Kanton so viele finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass diese sich auf mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts belaufen. Der Nationalrat könnte sich statt einer fixen Zahl auch eine Bandbreite vorstellen. Er hiess ein Postulat des ehemaligen Nationalrats Roland Fischer (GLP/LU) gut, das die Prüfung einer Bandbreite von 83 bis 87 Prozent fordert. Auch ein Postulat von Petra Gössi (FDP/SZ) zum gleichen Thema überwies der Nationalrat an den Bundesrat. Dieser muss somit auch prüfen, ob der ressourcenschwächste Kanton immer exakt auf die Mindestausstattung von 85 Prozent kommen soll. (08.03.)
 - **Zoll:** Das Grenzwachtkorps in der Ostschweiz muss nach Ansicht des Nationalrats aufgestockt werden. Die grosse Kammer hat eine Motion des St. Gallers Walter Müller (FDP) gutgeheissen. Auslöser für die Einreichung der Motion im März 2014 sei eine Aussage des Chefs der Grenzschutz in der Sicherheitskommission gewesen, sagte Müller. Dieser habe erklärt, die Ostschweiz werde mit "dem Mut zur Lücke vernachlässigt". Bundesrat Ueli Maurer entgegnete, die Grenzschutz sei jeweils dort verstärkt präsent, wo die grösste Gefahr bestehe. Zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion sei der "Hotspot" das Tessin gewesen, dies wegen der Flüchtlingsströme. Momentan sei das Grenzwachtkorps an der Nord- und der Ostgrenze stärker präsent. Die Motion geht nun an den Ständerat. (08.03.)
 - **Währungspolitik:** Der Bundesrat muss in einem Bericht darlegen, welche währungspolitische Strategie die Schweiz auf lange Sicht verfolgt. Der Nationalrat hat ein Postulat von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) stillschweigend gutgeheissen. Die internationale Währungsordnung und -politik befinde sich im Umbruch, begründete sie ihren Antrag. Auch der Bundesrat sollte daher ein Interesse an einer Auslegeordnung haben. Der Bundesrat unterstützte den Vorstoss. Es sei unerlässlich, dass die Schweiz die Entwicklungen des internationalen Finanz- und Währungssystems aufmerksam verfolge und dabei insbesondere auch auf eine langfristige Nachhaltigkeit dieses Systems hinwirke. (08.03.)
 - **Staatsfonds:** Der Bundesrat muss die Schaffung eines Staatsfonds nicht prüfen. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat der BDP-Fraktion mit 117 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) investiere einen grossen Teil ihrer Reserven in Staatsanleihen, begründete Martin Landolt (BDP/GL) den Vorstoss. Gegen das Postulat stellten sich CVP, FDP und SVP. Thomas Aeschi (SVP/ZG) warnte davor, der SNB vorzuschreiben, wie sie ihr Geld anlegen möchte. Dadurch werde die Unabhängigkeit der SNB in Frage gestellt. Der Bundesrat stehe der Bildung eines Staatsfonds kritisch gegenüber, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Die finanziellen Risiken seien nicht zu unterschätzen. Dennoch zeigte sich der Bundesrat bereit, das Postulat anzunehmen. (08.03.)
 - **Nationalbank I:** Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll nicht davon abgehalten werden, Anlagen in Konzernen zu tätigen, welche fossile Energieträger wie Erdöl,

Erdgas oder Kohle fördern. Der Nationalrat stimmte mit 141 zu 57 Stimmen gegen eine Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL). Wenn die Staaten mit ihren Klimazielen ernst machten, drohe Wertpapieren von solchen Konzernen ein Werteverlust, argumentierte sie. Zudem unterliefen Investitionen in fossile Brenn- und Treibstoffe die Klimaschutzziele der Schweiz. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Die Schweiz sei punkto "Green Finance" durchaus aktiv und sensibilisiert, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Es sei jedoch nicht angezeigt, der SNB Vorschriften zu machen, wie sie ihre Anlagen zu tätigen habe. (08.03.)

- **Nationalbank II:** Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Bund dürfen auch künftig in der ordentlichen Rechnung budgetiert werden. Mit einer Motion wollte die FDP-Fraktion erreichen, dass Gewinnausschüttungen stattdessen für den Schuldenabbau verwendet werden. Gewinnausschüttungen der SNB zu erwarten, um positive Budgets zu erstellen, schwäche die Lage des Bundes und führe zu Instabilitäten im Finanzhaushalt. Damit könnte die Schuldenbremse umgangen werden, was inakzeptabel ist, argumentierte die FDP. "Der Bundesrat ist der Ansicht, dass ordentliche Einnahmen auch als ordentliche Ausgaben budgetiert werden können", sagte Finanzminister Ueli Maurer. Der Nationalrat sprach sich mit 100 zu 96 Stimmen gegen den Vorstoss aus. (08.03.)
- **Steueroasen I:** Der Bund soll nicht ermächtigt werden, eine Steuer für direkte und indirekte Geldübertragungen aus und in Steueroasen zu erheben. Der Nationalrat stimmte mit 141 zu 57 Stimmen gegen eine Motion von Louis Schelbert (Grüne/LU), die dies anregen wollte. Weltweit seien exorbitant hohe Vermögen in Steueroasen angelegt, sagte Schelbert. Dadurch entstünden den Staaten jährlich Steuerausfälle in der Höhe von mindestens 250 Milliarden Franken. Die Motion sei gut gemeint, müsse aber abgelehnt werden, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Bemühungen in diese Richtung unternehme die Schweiz bereits im Rahmen der internationalen Standards zur Bekämpfung der Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen (BEPS). Zum selben Thema nun einen Alleingang aufzugleisen, sei nicht angebracht. (08.03.)
- **Steueroasen II:** Der Bundesrat wird nicht beauftragt, bei schweizerischen Unternehmen mit Offshore-Gesellschaften Steuerlücken zu schliessen. Der Nationalrat stimmte mit 140 zu 57 Stimmen gegen eine Motion der SP-Fraktion, die Steuervermeidungsstrukturen einen Riegel schieben wollte. Die Schweizer Gesetzgebung solle auf das Niveau der meisten Länder mit CFC (Controlled Foreign Corporations)-Gesetzgebungen anzuheben, forderte Margret Kiener Nellen (SP/BE) im Namen der Fraktion. Andere Länder wie Frankreich oder die USA seien der Schweiz bei der Bekämpfung aggressiver Steuervermeidungs-Tricks um einiges voraus. Bundesrat Ueli Maurer sprach sich gegen die Motion aus. Im Rahmen des BEPS-Projekts arbeite die Schweiz bereits an diesem Thema. Hier im Alleingang vorzupreschen wäre kontraproduktiv. (08.03.)
- **Kapitalmarkt:** Investoren auf dem Schweizer Kapitalmarkt müssen auch dann geschützt werden, wenn das Unternehmen, in das sie investieren, seinen Sitz im Ausland hat. Im Interesse des Kapitalmarkts sollen nun Abstriche gemacht werden an den geltenden Aufsichtsregeln. Das hat der Ständerat beschlossen. Beispielsweise sollen ausländische Revisionsunternehmen künftig eine Schweizer Zulassung beantragen können, wenn es im betreffenden Land keine anerkannte Revisionsaufsichtsbehörde gibt. Alternativ können die Investoren auf die fehlende staatliche Beaufsichtigung des Revisionsunternehmens hingewiesen werden. Die Gesetzesänderung geht nun an den Nationalrat. (08.03.)
- **Stabilisierungsprogramm:** Der Ständerat will nicht einzelne Punkte des geplanten Sparprogramms herausgreifen und vorgezogen darüber beraten. Er hat einen Vorstoss jener vorberatenden Kommission zugewiesen, die sich mit dem Stabilisierungsprogramm befassen wird. Der Vorstoss betrifft Swissinfo. Ständerat Filippo Lombardi (CVP/TI) möchte den Bundesrat beauftragen, auf Kürzungen bei Swissinfo zu verzichten. (09.03.)

- **Steuern:** Nach dem knappen Nein zur CVP-Initiative gegen die "Heiratsstrafe" wird weiter um die Besteuerung von Ehepaaren gerungen. Geht es nach dem Nationalrat, sollen Ehepartner künftig getrennt besteuert werden. Er möchte den Bundesrat beauftragen, dem Parlament eine entsprechende Steuerreform vorzulegen. Mit 92 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat er einer Motion seiner Finanzkommission zugestimmt. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Im Nationalrat argumentierten die Befürworter, die Individualbesteuerung sei das gerechteste Modell und würde Frauen auf den Arbeitsmarkt bringen. Die gemeinsame Besteuerung halte Frauen von der Erwerbsarbeit ab, da das zweite Einkommen wegen der Progression stärker belastet werde. Gegen den Vorstoss stellten sich die SVP und die CVP. Die Fronten blieben also dieselben wie im Abstimmungskampf. (10.03.)
- **Sicherheit:** Wie viele Grenzwächter die Schweiz braucht und was ihre Aufgaben sind, muss der Bundesrat bis Ende Mai in einem Bericht aufzeigen. Diesen Auftrag hat ihm der Nationalrat erteilt. Es sei wichtig, weg von der "Pflasterlipolitik" hin zu einer Gesamtschau zu kommen, begründete Kommissionssprecherin Edit Graf-Litscher (SP/TG) das Postulat, das die Sicherheitspolitischen Kommission eingereicht hatte. Abgelehnt hat der Nationalrat eine Standesinitiative aus Basel-Stadt, welches eine Aufstockung des Grenzwachtkorps forderte. Die Kommission teile zwar das Anliegen, sagte Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH). Die Kommissionmehrheit sei aber der Ansicht, dass die Standesinitiative der falsche Weg sei. (10.03.)
- **AIA:** Die Schweiz soll den EU-Staaten regelmässig Informationen zu Bankkonten von EU-Bürgern übermitteln. Auch Australien soll solche Informationen erhalten. Der Ständerat hat als Erstrat Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) gutgeheissen. Das Ende des Bankgeheimnisses für die Kundinnen und Kunden der betroffenen Staaten stiess nur auf geringen Widerstand. Mit 35 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen sagte der Ständerat Ja zum AIA mit der EU. Den Austausch mit Australien hiess er oppositionslos gut. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, die Schweiz habe zunächst unter Druck gehandelt. Inzwischen müsse man aber feststellen, dass es für einen internationalen Finanzplatz absolut notwendig sei, die internationalen Standards zu erfüllen. "Wir machen das heute nicht mehr unter Zwang, sondern aus Überzeugung", sagte Maurer. (14.03.)
- **Sparpaket:** Ab 2017 will der Bundesrat jährlich rund 1 Milliarde Franken pro Jahr sparen. Dabei soll es bleiben. Der Ständerat hat eine Motion von Didier Berberat (SP/NE) abgelehnt, der das geplante Stabilisierungsprogramm um mindestens ein Jahr verschieben wollte. Bei schwachem Wirtschaftswachstum und wachsender Arbeitslosigkeit komme das Sparpaket zum falschen Zeitpunkt, sagte er. Er erinnerte auch an den überraschend hohen Überschuss von 2,3 Milliarden Franken, den der Bund 2015 geschrieben hatte. Die Aussichten seien aber nicht so rosig, erwiderte Finanzminister Ueli Maurer. Das Stabilisierungsprogramm sei nötig. (14.03.)
- **Unternehmen:** Die Schweiz muss international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für Unternehmen aufgeben. Diese können dank der Unternehmenssteuerreform III aber mit neuen Begünstigungen rechnen. Der Nationalrat hat als Zweitrat zusätzliche Steuererleichterungen beschlossen. Er fügte eine spezielle Besteuerung für Schifffahrtsunternehmen und eine zinsbereinigte Gewinnsteuer in die Vorlage ein. Dadurch erhöhen sich die Kosten der Reform allein für den Bund um mehrere hundert Millionen Franken. Im übrigen ist der Nationalrat weitgehend den Beschlüssen des Ständerats gefolgt. Im Zentrum stehen die sogenannte Patentbox und die Abzüge für Forschung und Entwicklung. (16.03.)
- **Mehrwertsteuer:** Der Nationalrat hat eine Motion der FDP abgelehnt, welche die Einführung eines Mehrwertsteuer-Einheitssatzes von 6 bis 6.5 Prozent forderte. Grundnahrungsmittel, Medikamente und Bildungsangebote, Zeitungen, Zeitschriften sowie Bücher wären neu von der Steuer ausgenommen worden. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Zwar unterstütze er eine Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems, sagte Bundesrat Ueli Maurer. Einen Einheitssatz unter den von der FDP skizzierten Bedingungen halte er aber nicht für realistisch. Ein solcher

- hätte massive Steuerausfälle zur Folge und würde die kleinen Unternehmen einseitig belasten. Die grosse Kammer sprach sich mit 134 zu 49 Stimmen gegen den Vorstoss aus. (16.03.)
- **Ausgabenbremse:** Die bestehende Schuldenbremse genügt aus Sicht des Nationalrats. Einer Motion der SVP, welche eine zusätzliche Ausgabenwachstumsbremse einführen wollte, erteilte er mit 115 zu 69 Stimmen eine Abfuhr. Die Bremse sollte sich am Wirtschaftswachstum orientieren. "Das Ziel dieser Vorlage ist, dass sich die Staatsquote des Bundes zuerst stabilisiert, und dann langfristig reduziert", begründete Thomas Matter (SVP/ZH) den Vorstoss. Der Bundesrat riet von diesem Ansinnen ab. Die Motion wolle sämtliche Ausgaben auf das BIP-Wachstum beschränken. Dies würde eine unververtretbare Einschränkung der finanzpolitischen Handlungsfreiheit bedeuten. (16.03.)
 - **Steuern:** Der Nationalrat hat die am Vortag unterbrochene Debatte zur Unternehmenssteuerreform III abgeschlossen. Um die Vorlage nicht zusätzlich zu belasten, verzichtete er auf die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Den Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer legte er wie vom Bundesrat beantragt bei 20,5 Prozent fest. Zuvor hatte der Nationalrat zusätzliche Steuererleichterungen beschlossen, darunter eine zinsbereinigte Gewinnsteuer auf überdurchschnittlich hohem Eigenkapital und eine spezielle Steuer für Schifffahrtsunternehmen. Der Patentbox, den Forschungsabzügen und den Regeln für die Aufdeckung stiller Reserven stimmte er zu. Der Bundesrat hatte diese Begünstigungen vorgeschlagen, weil die Schweiz unter dem Druck des Auslands Steuerprivilegien für Statusgesellschaften aufgeben muss. (17.03.)
 - **Bundesverwaltung:** Das Parlament hat grünes Licht gegeben für einen Verpflichtungskredit von 67 Millionen Franken für ein IT-Projekt. Mit dem Geld soll ein neues Produkt für die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) realisiert und in der zentralen Bundesverwaltung flächendeckend eingeführt werden. Der Nationalrat hiess den Kredit als Zweitrat mit 168 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen gut. Bisher existieren in der Bundesverwaltung vier verschiedene Produkte, die nicht miteinander kompatibel sind, wie Kommissionssprecher Albert Vitali (FDP/LU) sagte. Die vorgesehene Standardisierung bringe Optimierungen und Einsparungen. Die Kosten pro Benutzer sinken gemäss Botschaft von 1270 auf 750 Franken pro Jahr. (17.03.)
 - **Pistenfahrzeuge:** Mit 135 zu 59 Stimmen (Nationalrat) und 35 zu 6 Stimmen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen eine Änderung des Mineralölsteuergesetzes, mit der Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer befreit werden. (18.03.)
 - **Verrechnungssteuer:** In den Schlussabstimmungen hiessen der Nationalrat (mit 194 zu 0 Stimmen) und der Ständerat (mit 45 zu 0 Stimmen) Änderungen des Verrechnungssteuergesetzes gut, mit welchem die Befreiung gewisser Finanzinstrumente von der Steuer verlängert wird. (18.03.)
 - **Elementarschadenversicherung:** Mit 195 zu 0 Stimmen (Nationalrat) und 45 zu 0 Stimmen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen den Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Abkommens mit dem Fürstentum Liechtenstein über die Elementarschadenversicherung. (18.03.)
 - **Zoll:** In den Schlussabstimmungen hiessen der Nationalrat (mit 195 zu 0 Stimmen) und der Ständerat (mit 44 zu 0 Stimmen) Änderungen des Zollgesetzes gut, die Grenzwächtern erlauben, Personen auf öffentlichem Grund mit Bild- und Tonaufnahmen zu observieren. (18.03.)
 - **Italien:** National- und Ständerat genehmigten in den Schlussabstimmungen mit 131 zu 19 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen den Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien, mit dem Italien auf Anfrage Steuerinformationen erhält. (18.03.)